

24.03.2014

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der FDP

### Kommunen in NRW sind „Verlierer der Großen Koalition“

Die Situation der Kommunalfinzen ist besorgniserregend. Verantwortlich hierfür sind unter anderem die den Kommunen seitens des Bundes übertragenen sogenannten Soziallasten. In der Analyse der Situation sind sich die Fraktionen des NRW-Landtags bislang einig gewesen, dass der Bund sich stärker in der Kommunalfinanzierung engagieren muss.

Auf Initiative der früheren schwarz-gelben Koalition übernimmt der Bund seit Anfang 2014 die vollständigen Kosten für die Grundsicherung im Alter. Weitere Entlastungen bei der Eingliederungshilfe wurden zugesagt. Die Große Koalition hat diese Zusage in ihren Koalitionsvertrag als prioritäre Maßnahme aufgenommen.

In einem Bericht der Tageszeitung „Welt Kompakt“ vom 21.03.2014 mit der Titelzeile „An der SPD-Basis rumort´s. Viele sozialdemokratische Bürgermeister unzufrieden mit ihren Bundesministern“ wird deutlich, dass sich insbesondere die kommunalen Akteure in Nordrhein-Westfalen große Sorgen machen, dass die erhofften und zugesagten Entlastungen überhaupt auf den Weg gebracht werden. Der Sprecher der SPD-Ruhr und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Frank Baranowski, wird in diesem Zeitungsbericht damit wiedergegeben, dass er davor warne, „dass in Berlin Interpretationskünstler die Nebelmaschinen anwerfen“. Zugleich mahnte er eine rasche Klärung an, da sich der Koalitionsvertrag auf die laufende Legislaturperiode beziehe. Wörtlich sagt Baranowski weiter: „Wir reden ja nicht über ein Testament, das in Kraft tritt, wenn eine Koalition zu Ende ist, sondern es geht um aktives Handeln bis 2017. Hier erwarte ich von der Bundeskanzlerin, dass sie Wort hält und ihrem Finanzminister klare Vorgaben macht“.

Die Frau Bundeskanzlerin hat demgegenüber deutlich gemacht, dass erst ab 2018 „die eigentliche Entlastung“ eintreten werde, wenn das neue sogenannte Bundesteilhabegesetz in Kraft trete (siehe Ruhr-Nachrichten vom 19.03.2014).

Der Koalitionspartner der SPD im Land NRW hat sich ausweislich eines Berichtes der WAZ vom 24.03.2014 mit der Überschrift „Grüne: Städte in NRW sind Verlierer der Großen Koalition“

Datum des Originals: 24.03.2014/Ausgegeben: 24.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

tion. Partei geht auf Distanz zum Koalitionspartner“ dahingehend eingelassen, dass die Bundesregierung sich ihren „schön klingenden Haushalt“ erkaufte, „indem sie die Städte und Gemeinden weiter am Hungerhaken hängen lässt“, so der Grünen-Landeschef Sven Lehmann.

Hierüber muss der Landtag zeitnah im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutieren.

Christof Rasche

und Fraktion